

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Hilfen für die Angehörigen Demenzkranker verstetigen!**

In Deutschland sind über eine Million Menschen an Demenz erkrankt. Das zuständige Bundesministerium gibt für die Altersgruppe ab 65 Jahren den Anteil leichter Demenzen mit schätzungsweise 5 % und für die mittelschweren und schweren Demenzen mit 7,2 % an. Für Bremen heißt das: Es könnten schätzungsweise 5.000 Menschen an leichten und schätzungsweise 7.000 Menschen an mittelschweren bis schweren Demenzen erkrankt sein. Zwei Drittel der Erkrankten werden zu Hause gepflegt.

Die Angehörigen, die damit den Erkrankten die Möglichkeit eröffnen, in der gewohnten Umgebung weiter zu leben, sind erheblichen psychischen und körperlichen Belastungen ausgesetzt. Das Modell-Projekt „DIKS – Hilfe für Angehörige Demenzkranker“ hilft dabei mit dem Ziel, die vorhandenen Angebote zu bündeln und zu vernetzen sowie die Angehörigen zu begleiten und zu beraten. Die „Demenz-Informations- und Koordinationsstelle“ (DIKS) funktioniert als zentrale und unabhängige Anlauf- und Vermittlungsstelle für die Einrichtungen und Dienste in Bremen, die für die Angehörigen und Betroffenen vorgehalten werden.

Unter anderem sind in Bremen fünf Angehörigengruppen gebildet worden, die erfolgreich arbeiten – ansässig bei den Dienstleistungszentren in Vegesack, Gröpelingen, Schwachhausen, Buntentor und Vahr. Hier finden die Angehörigen unter Anleitung und Begleitung einer pädagogischen Fachkraft Hilfe und Unterstützung. Zwischen sechs und 18 Angehörige werden zurzeit jeweils in den Stadtteilgruppen betreut.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für eine wichtige gesellschaftspolitische und staatliche Aufgabe, die Angehörigen bei ihrer schwierigen Aufgabe zu begleiten und zu unterstützen.

Nach den vorliegenden Zwischenberichten arbeitet das Projekt überaus erfolgreich. Die Förderung von Modellprojekten ist jedoch aufgrund der Vorgaben des SGB XI § 45 c Abs. 4 auf längstens fünf Jahre befristet. Für das erfolgreiche Projekt DIKS ist ab Oktober 2008 eine andere Finanzierung zu suchen, wenn es als Beratungsstelle weiter existieren soll. Hierfür werden ca. 90.000 € im Jahr benötigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung und den Pflegekassen dafür einzusetzen, dass die Demenz-Informations- und Koordinationsstelle (DIKS) nach dem Auslaufen der Modellförderung im Oktober 2008 als reguläre Maßnahme weiter anteilig finanziert wird.

Wolfgang Grotheer, Edith Wangenheim,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Karl Uwe Oppermann, Rainer Bensch,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU